

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz



Eine der unseligsten Diskussionen der vergangenen Wochen war jene über die Steuerentlastungen nach der Wahl im Herbst 2009. Wissend dass sich der Bund als Folge der Finanzkrise furchtbar verschuldet hat, es wohl musste, beschließt die **jetzige Koalition unnötige Steuersenkungen** und meint, damit den Konsum und die Konjunktur zu

schnellerem Wachstum zu bringen (**Wachstumsbeschleunigungsgesetz**).

Die **Auswirkungen dieses Gesetzes haben für unsere Stadt weitere verheerende Konsequenzen: minus 460 000 € in 2010, 680 000 € in 2011, minus 760 000 € in 2012 usf. – macht bis 2013 zusammen nochmal ein Minus von 2,6 Mio € !** Dieses Geld braucht die Stadt für ihre Aufgaben unbedingt, es wäre gut angelegt, alle Wirtschaftskundigen bestätigen das. Wir könnten unsere Infrastruktur nachhaltig verbessern, im Straßenbau, beim Ausbau des Bildungsbereichs (Kindergarten, Schule), für die notwendige Sanierung von Schulen und Wohnquartieren. Stattdessen wird die Mehrwertsteuer im Hotelwesen reduziert; so ein Blödsinn ! Die Bundesländer kündigen zurecht Widerstand gegen das Gesetz an, auch sie sind mit geringeren Einnahmen betroffen. Jetzt sollen sie mit weiteren Schulden gekauft werden. Wieder einmal werden Lasten nach unten verteilt, u.a. mit dem zynischen Argument, die kommunalen Haushalte seien nicht so hoch verschuldet wie Bund und Land. Das heißt doch im Umkehrschluss: wer spart ist selber schuld und wird bestraft !